

Plenarprotokoll 17/90 • Deutscher Bundestag • Stenografischer Bericht  
90 Sitzung • Berlin, Donnerstag, den 10. Februar 2011

<http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle/17090.pdf>

**Frauenquote – Aktuelle Stunde** Ab Seite 68 / 10098

**Zusatztagesordnungspunkt 4:**

Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Dr. Merkel, Dr. von der Leyen, Dr. Schröder – Unterschiedliche Auffassungen in der Bundesregierung zum Thema Frauenquote

<b>Berichterstattung:</b>	<b>Seitenzahl Dieses Dokument</b>	<b>PDF-Seitenzahl des Bundestages</b>	<b>Gesamtseitenzahl im PDF-Dokument Des Bundestages</b>
Caren Marks (SPD)	Ab Seite 1	Ab Seite 69	Ab Seite 10099
Nadine Schön (St. Wendel) (CDU/CSU)	Ab Seite 2	Ab Seite 70	Ab Seite 10100
Katja Kipping (Die Linke)	Ab Seite 4	Ab Seite 71	Ab Seite 10101
Nicole Bracht-Bendt (FDP)	Ab Seite 6	Ab Seite 73	Ab Seite 10103
Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen)	Ab Seite 8	Ab Seite 74	Ab Seite 10104
Dorothee Bär (CDU/CSU)	Ab Seite 9	Ab Seite 75	Ab Seite 10105
Sigmar Gabriel (SPD)	Ab Seite 11	Ab Seite 77	Ab Seite 10107
Marco Buschmann (FDP)	Ab Seite 12	Ab Seite 78	Ab Seite 10108
Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen)	Ab Seite 14	Ab Seite 79	Ab Seite 10109
Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU)	Ab Seite 16	Ab Seite 80	Ab Seite 10110
Dagmar Ziegler (SPD)	Ab Seite 18	Ab Seite 82	Ab Seite 10112
Ewa Klamt (CDU/CSU)	Ab Seite 18	Ab Seite 83	Ab Seite 10113
Christel Humme (SPD)	Ab Seite 20	Ab Seite 84	Ab Seite 10114

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Ich eröffne die Aussprache.

Als erste Rednerin hat das Wort die Kollegin **Caren Marks** für die SPD-Fraktion.

**Caren Marks (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Frauen, die nichts fordern, werden beim Wort genommen. Sie bekommen nichts“, so Simone de Beauvoir.

So wird es kommen mit dieser schwarz-gelben Bundesregierung; denn diese Regierung unternimmt nichts, um die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. So sind Frauen in Führungspositionen immer noch mit der Lupe zu suchen. Aber anstatt entschlossen als Bundesregierung zu handeln, streiten sich erst einmal die Frauen- und die Arbeitsministerin in aller Öffentlichkeit.

Während die zuständige Frauenministerin Schröder stur auf Freiwilligkeit der Unternehmen setzt, hat Frau von der Leyen ganz plötzlich die Notwendigkeit einer gesetzlichen Quote erkannt.

(**Elke Ferner** [SPD]: Die ist noch nicht einmal zuständig!)

Wirtschaftsminister Brüderle mischt sich auch noch in den Streit ein und springt Frau Schröder zur Seite. Er hat nicht begriffen, dass die Wirtschaft von mehr Frauen an der Spitze profitieren würde. Schade eigentlich, dass die Streithähne bei der Debatte heute nicht anwesend sind.

Dann kam das Machtwort der Kanzlerin: Mit ihr werde es keine Quote geben. Frau Merkel lässt die Frauen zum wiederholten Male im Stich. Dabei zeigen aktuelle Umfragen, dass eine deutliche Mehrheit der Frauen die Einführung einer Quote für richtig und notwendig hält.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – **Steffen Bockhahn** [Die Linke]: Weil sie schlau sind!)

**Caren Marks (SPD)**

Hier bleibt nur ein Schluss: Machterhalt durch verordneten Koalitionsfrieden steht für die Kanzlerin über erforderlichem Regierungshandeln. Das ist eine Klatsche ins Gesicht der Frauen in unserem Land.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es freut mich, dass Frau von der Leyen wie bei so vielen sozialdemokratischen Forderungen auch in diesem Fall wieder einmal auf die Position der SPD geschwenkt ist. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert schon seit langem eine gesetzliche Frauenquote von mindestens 40 Prozent in Aufsichtsräten und Vorständen großer Unternehmen.

In ihrer Zeit als Familienministerin und Frauenministerin haben wir von Frau von der Leyen eine solche Forderung nicht vernommen. Bereits damals hätte sie sich für eine gesetzliche Quote und somit für die Frauen in diesem Land starkmachen können.

**(Elke Ferner [SPD]: Hat sie aber abgelehnt!)**

Doch es geht der Ministerin nicht wirklich um die Frauen. Die Zeit ist günstig. Es geht ihr – wie so oft – vor allem um eine gute PR. Ganz aktuell hätte sie sich als Arbeitsministerin bei den Hartz-IV-Verhandlungen für einen gesetzlichen Mindestlohn starkmachen können, von dem vor allem Frauen profitiert hätten. Hat sie aber nicht, wie wir wissen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Weshalb Frauenministerin Schröder nach wie vor unbeirrt nur auf unverbindliche Selbstverpflichtungen der Unternehmen setzt, ist definitiv nicht nachzuvollziehen. Fakt ist, die vor zehn Jahren von der Bundesregierung mit der Wirtschaft geschlossene Vereinbarung hat keine Erfolge gebracht. Der Frauenanteil in Führungspositionen ist nach wie vor beschämend gering. Doch Frau Schröder zieht aus dieser Erfahrung keine entsprechenden Schlussfolgerungen. Das rigorose Nein der Kanzlerin zur Quote ist nicht nur eine Ohrfeige für Frau von der Leyen, sondern eine Ohrfeige für alle Frauen.

Auch die Kanzlerin hofft wohl darauf, dass die männerdominierten Chefetagen zukünftig lernfähig werden. Ich denke, diese Hoffnung ist alles andere als berechtigt.

**(Gabriele Hiller-Ohm [SPD]: Genau! Da bewegt sich nichts!)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die gesellschaftliche Debatte über die Notwendigkeit einer Frauenquote wurde von Norwegen angestoßen. Norwegen hat als erstes Land eine Geschlechterquote von 40 Prozent für Aufsichtsräte eingeführt. Dies ist übrigens im Jahr 2003 geschehen. Heute ist eine Quote von 42 Prozent erreicht. Vor der Gesetzesverabschiedung lag die Quote bei 7 Prozent.

Diese Erfahrungen in Norwegen machen doch mehr als deutlich: Der Schlüssel zum Erfolg ist eine gesetzliche Quote; sanktionsbewehrt muss sie zudem sein. Die Quote ist in Norwegen akzeptiert. Sie funktioniert und löst keine Debatten mehr aus. In Spanien ist im Jahr 2007 eine Frauenquote eingeführt worden. Ganz aktuell, im Januar 2011, hat das französische Parlament die Einführung einer Frauenquote für die Wirtschaft beschlossen. Ein Frauenanteil von 40 Prozent in Vorstandsetagen muss binnen sechs Jahren erreicht werden.

**(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Elke Ferner [SPD]: Es geht doch!)**

Was erleben wir aber gegenwärtig bei uns? Kabinettsmitglieder streiten sich untereinander. Die Kanzlerin versucht, die Diskussion zu ersticken. Doch es wird ihr nicht gelingen, diese Diskussion in der Gesellschaft zu ersticken. Im Kabinett hat sie das vielleicht für einen Moment geschafft, in der Gesellschaft wird ihr das aber nicht gelingen. Die Forderungen der Frauen werden zu Recht lauter. Die gesetzliche Quote wird kommen müssen, wenn nicht mit dieser Regierung, dann – so sage ich den Frauen im Land – spätestens im Jahr 2013 mit einer anderen Regierung.

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Das Wort hat nun die Kollegin **Nadine Schön** für die CDU/CSU-Fraktion.

**Nadine Schön (St. Wendel) (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Nadine Schön (St. Wendel) (CDU/CSU)**

Nein, ich mag die Quote nicht – eigentlich. Es müsste doch auch ohne gehen – eigentlich. Meine Altersgenossinnen und ich sind hervorragend ausgebildet, und es gibt doch Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Uns stehen doch alle Wege offen. Was sollte uns aufhalten? Eigentlich wissen die Firmen, dass gemischte Teams erfolgreicher sind. Sie wissen, dass sie Frauen auf allen Ebenen brauchen.

**(Dagmar Ziegler [SPD]: Genau!)**

Es müsste doch eigentlich auch auf freiwilliger Basis gehen. – Es sollte, es müsste, eigentlich. Es sollte und müsste sich ohne Druck entwickeln. Das hat man schon 2001 gesagt. Dann wurde verkündet, dass man keine Quote brauche, weil sich von nun an alles gut entwickeln werde. Sogar eine freiwillige Selbstverpflichtung wurde abgeschlossen. So überzeugt war man davon, dass man den Anteil von Frauen in Führungspositionen alsbald erhöhen werde. Klare Ziele hat man nicht definiert. Sehr geehrte Frau Marks, weil Sie sich hier derart echauffieren:

**(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Das macht sie immer!)**

Die Geschichten von damals, als Sie eine Frauenquote gefordert haben und Bundeskanzler Schröder mit seinen Bossen Sie zurückgepiffen und die freiwillige Selbstverpflichtung präsentiert hat, sind legendär.

**(Caren Marks [SPD]: Im Gegensatz zu Ihnen haben wir gelernt!)**

Deshalb würde ich mich an Ihrer Stelle hier sehr zurückhalten.

Fakt ist leider: Die Bilanz nach zehn Jahren ist ernüchternd. In den Vorständen sind nicht einmal 3 Prozent Frauen; in den Aufsichtsräten sieht es kaum besser aus. Eine gute Ausbildung und eine familienfreundliche Arbeitswelt hielt man auch in Norwegen und Frankreich lange Zeit für ausreichend. Die beiden Länder sind in dieser Hinsicht – das müssen wir zugeben – vorbildlich.

**(Caren Marks [SPD]: Ja, durch eine gesetzliche Quote!)**

Doch auch hier musste man erkennen: Das allein reicht nicht. Es gab trotzdem nicht mehr Frauen in Führungspositionen; es gab trotzdem eine gläserne Decke. Deshalb haben sich diese Länder entschlossen, zu strengeren Maßnahmen zu greifen. Damit sind sie, wie in Norwegen zu beobachten ist, sehr erfolgreich.

**(Kerstin Andreae [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)**

Dass das „es sollte“, „es müsste“, „eigentlich“ und „es wird schon“ nicht funktioniert, diese bittere Erfahrung haben nun schon genug andere vor uns machen müssen. Ausbildung ist wichtig, Coaching ist wichtig, Kinderbetreuung ist wichtig, auch der eigene Aufstiegswille ist wichtig, doch das alles führt nicht in die Chefetage. Das belegen zahlreiche Studien und die genannten Beispiele. Denn der Vorstand wird vom Aufsichtsrat gewählt, und wer für den Aufsichtsrat vorgeschlagen wird, das bestimmt der Aufsichtsrat selbst. Interessante Einblicke, wie das funktioniert, hat uns neulich das *manager magazin* ermöglicht. Man spielt zusammen Fußball, geht zusammen wandern und Ski fahren. Dabei wird dann überlegt, wer zu einem passt, wen man aufnehmen könnte. Dadurch bleibt man halt unter sich.

Das ist wahrscheinlich kein böser Wille; aber es ist die Realität. Es ist eine Realität, die 50 Prozent der Bevölkerung außen vor lässt. Solange keine Frauen in diesen Zirkeln vorkommen oder nur vereinzelt dort zu finden sind, so lange wird sich daran nichts ändern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des Bündnis 90/Die Grünen – **Caren Marks [SPD]: Und die Schlussfolgerung? Wir brauchen eine Quote!)**

Um diese Strukturen aufzubrechen, braucht man klare Vorgaben. Ist erst einmal eine qualifizierte Größe, eine gewisse Anzahl an Frauen vorhanden, regelt sich der Rest von alleine.

**(Caren Marks [SPD]: Männer werden das ohne Qualifikation!)**

**Nadine Schön (St. Wendel) (CDU/CSU)**

Auf dem Weg zu dieser qualifizierten Größe – damit ist nicht die Art der Qualifikation gemeint, sondern eine gewisse Mindestanzahl, liebe Kollegin Marks; dies sage ich nur zur Erläuterung – ist nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Politik gefragt. Wir können nicht weiter vor uns hin dümpeln. Wir brauchen konkrete und verbindliche Schritte mit klaren Zielen.

Wir müssen dabei nicht alle über einen Kamm scheren. Eine feste Quote kann durchaus zu Schwierigkeiten führen. Jedes Unternehmen kann sich mit der Flexiquote seinen eigenen Fahrplan zurechtlegen;

**(Renate Künast [Bündnis 90/Die Grünen]: Falsch! – Caren Marks [SPD]: Eine freiwillige Flexiquote! Es fing so gut an!)**

denn ein Automobilunternehmen – das werden wohl auch Sie wissen – ist von Natur aus eher männlich geprägt

**(Renate Künast [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum denn?)**

als zum Beispiel eine Bank, die durchaus viele Juristinnen und BWLerinnen beschäftigt und eine Quote leichter und schneller erfüllen kann.

Klar ist aber: Wir müssen politisch und, wie ich meine, auch gesetzlich einfordern, dass in großen Konzernen in Gremien mit zum Beispiel zehn Mitgliedern sehr bald mindestens drei Stühle von Frauen besetzt werden. Das ist, denke ich, das Mindeste, das wir verlangen können. Ich will keine weiteren zehn Jahre darauf warten. Wir brauchen einen Stufenplan mit konkreten und verbindlichen Schritten, um dieses Ziel zu erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Erfahrungen in Norwegen und Frankreich haben gezeigt – das konnten wir auch in Deutschland beobachten –: Ohne diese konkreten, verbindlichen Schritte werden wir nicht vorankommen. Die Liste derjenigen, die schon immer gegen eine Quote waren, ist lang. Aber immer länger wird die Liste derjenigen, die feststellen: Es geht einfach nicht ohne.

In der Titelgeschichte des Spiegel von vor zwei Wochen ist sehr deutlich geworden, dass sich diese Erkenntnis bei vielen durchgesetzt hat: Caren Miosga und Ilse Aigner – sie wurden bereits genannt –, die beiden Redakteurinnen, 73 Prozent der Frauen und 60 Prozent der Männer sind mittlerweile für eine Quote für Führungspositionen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – **Caren Marks [SPD]: Ja! Und wo bleibt das Handeln?)**

Auch ich gehöre zu diesen 73 Prozent der Frauen. Ich habe mich dazu durchgerungen, eine Quote zu wollen; denn ich will nicht, dass meine Altersgenossinnen und ich die nächste Generation sind, die an der gläsernen Decke kleben bleibt. Vielen Dank.

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin **Katja Kipping** für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN – **Britta Haßelmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo ist denn die Frauenministerin heute? – Kerstin Andreae [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo ist die Frauenministerin? Die Arbeitsministerin? Die Bundeskanzlerin?)**

**Katja Kipping (Die Linke):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Das war eine gute Argumentation, die deutlich gemacht hat, warum die CDU-Vorsitzende unrecht hat, wenn sie sagt, man brauche keine Quote, wie wir soeben von Frau Schön gehört haben. Es ist bedauerlich, dass es kein einziges der Regierungsmitglieder, die sich immer wieder zu diesem Thema geäußert haben, für notwendig hält, mit uns, dem Parlament, darüber zu diskutieren.

Es gab einmal eine Zeit, in der für die Mehrheit unvorstellbar war, dass Frauen wählen. Heute ist das Frauenwahlrecht Realität. Aber es lohnt, die Argumente, die damals ins Feld geführt wurden, um das

### Katja Kipping (DIE LINKE)

Frauenwahlrecht aufzuhalten, zu studieren. Die Philosophin und Feministin Simone de Beauvoir gab in ihrem Klassiker *Das andere Geschlecht* einen sehr amüsanten Überblick über die Argumente, die damals galten. Es hieß, die Frau würde ihren Charme verlieren, wenn sie wähle. Sie beherrsche den Mann doch auch ohne Stimmzettel. Oder – ganz schlimm –: Politische Diskussionen würden zur Auseinandersetzung zwischen den Eheleuten führen. Eine andere Aussage lautete: Die Hände von Frauen sind nicht bestimmt zum Falten von Stimmzetteln.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der LINKEN, der SPD und des Bündnis 90/Die Grünen – **Marco Buschmann** [FDP]: Zur Sache!)

Heute rufen solche Argumente bei uns natürlich nur amüsiertes Lachen hervor. Überzeugen können die Argumente niemanden. Ich bin sehr zuversichtlich, dass in naher Zukunft all die Argumente, die heute noch gegen eine Quote in Aufsichtsräten angeführt werden, dasselbe Schicksal erfahren: dass wir nur noch amüsiert über sie lachen und sagen, dass sie eher etwas fürs Museum sind, unter der Überschrift „Es war einmal ...“

All den Gegnerinnen und Gegnern der Frauenquote sei gesagt: Sie können den Fortschritt vielleicht verzögern; aber Sie können ihn nicht aufhalten. Sie kämpfen gegen die Zukunft.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen – **Marco Buschmann** [FDP]: [Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf!](#))

Leider sind diese Argumente immer noch Realität. Insofern müssen wir uns mit ihnen auseinandersetzen. Ein klassisches Abwehrmuster besteht in der Unterstellung, es gebe nicht genügend kompetente Frauen. Das ist sehr bezeichnend. Auch als in Norwegen im Jahre 2006 die 40-Prozent-Quote eingeführt wurde, warnte manch einer vor einem Mangel an kompetenten Frauen. Die Praxis konnte diese Sorge ausräumen. Glauben Sie ernsthaft, dass all die Männer, die hochbezahlte Posten in Aufsichtsräten haben, nur aufgrund ihrer Kompetenz dort sitzen?

(**Mechthild Rawert** [SPD]: Nein!)

Glauben Sie ernsthaft, dass dabei nicht auch Vitamin B, also Beziehungen zu – ich sage es einmal so – eher männerlastigen Machtnetzwerken, eine Rolle gespielt hat?

(**Mechthild Rawert** [SPD]: Ja! – **Kathrin Vogler** [Die Linke]: Seilschaften!)

Eine weitere Verzögerungstaktik besteht darin, auf die Freiwilligkeit der Wirtschaft zu setzen. Das haben schon mehrere Regierungen hintereinander versucht. Das Ergebnis ist bekannt: Weniger als 1 Prozent der Vorstände in den 100 größten deutschen Unternehmen sind weiblich. Insgesamt, so sagt man, besetzen Frauen maximal 10 Prozent der Posten in Aufsichtsgremien. Die Bundeskanzlerin und Ministerin Schröder wollen trotzdem weiterhin auf die Freiwilligkeit der Wirtschaft setzen. Ich sage es einmal so: Im Vergleich dazu ist der Glaube an den Weihnachtsmann ein geradezu seriöses Projekt.

Die Linke meint: Wenn wir Geschlechtergerechtigkeit wollen, dann brauchen wir verbindliche Regelungen. Wir dürfen uns von der Wirtschaft nicht länger auf der Nase herumtanzen lassen. Die Frauenquote in Aufsichtsräten ist natürlich kein Allheilmittel zur Überwindung des Patriarchats. Dazu sind die Benachteiligungen von Frauen zu tief in unserer Gesellschaft verankert. So manches Gesetz verschärft sie sogar.

Eine Baustelle, an der wir arbeiten müssen, sind die gesetzlichen Regelungen zur Bedarfsgemeinschaft bei Hartz IV. Das Wort „Bedarfsgemeinschaft“ ist Behördendeutsch und bedeutet, dass Menschen, die länger als ein Jahr zusammenleben, automatisch unterstellt wird, sie hätten eine eheliche Gemeinschaft, sodass ihre Einkommen im Hinblick auf die Höhe von Sozialleistungen angerechnet werden. Kürzlich habe ich mich in meiner Funktion als Ausschussvorsitzende mit Frauenverbänden ganz unterschiedlicher politischer Couleur getroffen. Mir wurden sehr bewegende Fälle geschildert, die deutlich gemacht haben, dass die gesetzlichen Regelungen zur Bedarfsgemeinschaft gerade Frauen in unerträgliche Situationen bringen.

Zum Beispiel wird es Alleinerziehenden, die Teilzeit arbeiten und deswegen auf Hartz IV angewiesensind, faktisch unmöglich gemacht, eine neue Beziehung einzugehen. Denn wenn sie

**Katja Kipping (DIE LINKE)**

einen neuen Partner finden und mit diesem zusammenziehen wollen, wird dessen Einkommen sofort beim Kind angerechnet. Auch das ist nicht im Sinne von Geschlechtergerechtigkeit.

Ich rufe all jenen Frauen und Männern, die sich heute so engagiert für Geschlechtergerechtigkeit auf den oberen Etagen einsetzen, zu: Sorgen wir dafür, dass Geschlechtergerechtigkeit auf allen Etagen der Einkommenshierarchie herrscht! Wir brauchen Geschlechtergerechtigkeit in den Chef- und Chefinnetagen genauso wie im Erdgeschoss. Stellen wir endlich die Bedarfsgemeinschaft auf den Prüfstand!

Die Linke meint, es bedarf beides: der Abschaffung der Bedarfsgemeinschaft sowie einer Quote für Aufsichtsräte. Dafür spricht vieles, unter anderem Folgendes: Je mehr Chefinnen es gibt, desto mehr wird unsere Vorstellung von guter Führung von ihren männlichen Prototypen losgelöst. Diese Vorbildwirkung auf die Berufswünsche von jungen Mädchen ist nicht zu unterschätzen.

**(Renate Künast [Bündnis 90/Die Grünen]:** Sie sollten einmal für den Fraktionsvorsitz kandidieren! Das wäre dann auch eine Frau!)

Wir wollen schließlich, dass in Zukunft mehr junge Mädchen, die nach ihrem Berufswunsch gefragt werden, nicht „Balletttänzerin“, sondern auch „Chefin“ antworten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist reif für eine geschlechtergerechte Besetzung der Aufsichtsräte. Mindestens jeder zweite Aufsichtsposten gehört in Frauenhand. Danke schön.

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin **Nicole Bracht-Bendt** für die FDP-Fraktion.

**Nicole Bracht-Bendt (FDP)**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es nach der SPD-Fraktion ginge, würde man die Gesetzeskeule herausholen, und alle Fragen wären gelöst.

**(Caren Marks [SPD]:** Nein, nicht alle!)

Erst einmal gibt es eine staatlich verordnete Frauenquote, und dann werden familienfreundliche Arbeitszeiten ganz einfach per Gesetz geregelt, wie es die SPD-Fraktion erst vor wenigen Tagen in einer Pressemitteilung gefordert hat. Die Wirtschaft an die Kandare zu nehmen und ihr vorzuschreiben, wen sie einstellen soll und wie Familienfreundlichkeit umzusetzen ist, ist ein Witz. Mit uns Liberalen ist das nicht zu machen.

**(Caren Marks [SPD]:** Die Frauen stehen auf dem Abstellgleis bei den Liberalen!)

Es steht außer Frage: Nach wie vor sind gerade einmal 3,2 Prozent der Vorstandsposten der 200 größten Unternehmen mit Frauen besetzt. Das ist nicht akzeptabel, und das muss sich ändern. Aber starre, gesetzlich verankerte Frauenquoten sind der falsche Weg.

(Beifall bei der FDP – **Dagmar Ziegler [SPD]:** Was ist denn der richtige?)

Ich bin froh, dass Frau Bundeskanzlerin Merkel der Frauenquote eine Absage erteilt hat. Starre Quoten sind mit dem Grundgesetz ohnehin nicht vereinbar, wie der Verfassungsrechtler Ossenbühl dem Familienministerium gerade bescheinigt hat,

**(Caren Marks [SPD]:** Gut, dass die Frauenministerin aufgrund einer Hessen-Quote ausgewählt wurde!)

weil sie –ich zitiere– „nicht auf die Herstellung von Chancengleichheit, sondern der Ergebnisgleichheit gerichtet sind“. Dieses Urteil bestätigt die Einschätzung der FDP-Fraktion. Für uns ist eine starre Quote nichts anderes als Planwirtschaft. Personalauswahl im Betrieb ist keine Sache des Staates. Dass die SPD und die Grünen in der Quote das Allheilmittel sehen, ist nicht neu.

**(Caren Marks [SPD]:** Ein Mittel!)

**Nicole Bracht-Bendt (FDP)**

Warum unter rot-grüner Regierung hier nichts passiert ist, frage ich mich natürlich. Ich frage mich aber auch, warum die Arbeitsministerin ausgerechnet jetzt, wo es endlich Signale für einen Wandel in der Wirtschaft gibt, eine starre Quote in der Verbindung mit Sanktionen einfordert. Das steht im Widerspruch zum Koalitionsvertrag, und dieser stellt für uns Liberale in dieser Legislaturperiode die Grundlage dar. Im Koalitionsvertrag haben wir einen Stufenplan verabschiedet, und dieser sieht als ersten Schritt die Berichtspflichten, also die Offenlegung der Unternehmen über die Besetzung ihrer Führungspositionen, vor.

**(Monika Lazar [Bündnis 90/Die Grünen]:** Die haben wir schon viele Jahre! – **Caren Marks [SPD]:** Das ist so was von verquast! Das hat die Ministerin selbst nicht verstanden, als sie es vorgestellt hat!)

2013 wollen wir evaluieren, und dann werden wir sehen, was zu tun ist. Wir Liberale setzen auf die Eigenverantwortung der Unternehmen.

Selbstverpflichtung, wie es die Telekom vormacht, ist für die FDP-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt das Instrument, das wir von den Unternehmen erwarten. Die Wirtschaft ist also in der Pflicht, selbst aktiv zu werden, damit Frauen auf dem Weg nach oben nicht länger ausgebremst werden.

**(Monika Lazar [Bündnis 90/Die Grünen]:** Und wenn sie es nicht macht?)

Die FDP-Fraktion unterstützt die Kanzlerin in ihrem Appell, das nicht auf die lange Bank zu schieben. Für uns ist Diversity das Schlüsselwort. Dabei kann es aber nicht nur um das Geschlecht gehen, sondern es muss auch um Herkunft und Lebenserfahrung gehen. Die Mischung macht erfolgreich. Jeder feste Prozentsatz ist für mich eine Form der Diskriminierung, weil er bei der Personalauswahl unter Umständen Anforderungen an die Stelle überlagert. Außerdem degradiert eine Quote alle Frauen, die es auch so geschafft hätten.

Meine Damen und Herren, wenn wir über zu wenige Frauen auf dem Chefsessel reden, dann haben wir meistens die Situation in großen Konzernen vor Augen. Wir sollten uns einmal an mittelständischen Unternehmen orientieren; denn hier sind Frauen in Führungspositionen längst keine Ausnahme mehr.

Der Mittelstand praktiziert längst, worüber wir die ganze Zeit reden. Viele Unternehmen sind flexibel bei der Gestaltung von Arbeitszeiten; es gibt individuelle Lösungen. Die Grundhaltung ist dort häufig eine andere als in den Konzernen: Wer in seinem Beruf gut ist und Kinder hat, ist flexibel, pragmatisch, organisiert und belastbar. Familie ist längst keine Privatsache mehr. Viele Frauen verabschieden sich nach der Geburt eines Kindes nicht mehr für einige Jahre aus der Arbeitswelt – und das ist auch gut so. Jedes Jahr Auszeit aus dem Beruf heißt weniger Gehalt und weniger Rente.

Vorbei sind auch die Zeiten, in denen die Väter kein Problem mit langen Bürozeiten hatten. Viele Väter sind nicht länger bereit, ihren Nachwuchs nur am Wochenende zu erleben. Die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt sich nicht nur mit Kindern, sondern auch, wenn pflegebedürftige Angehörige zu versorgen sind. Dass die Bundesregierung gemeinsam mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft jetzt die Charta für familienbewusste Arbeitszeiten unterzeichnet hat, zeigt, dass Politiker und Wirtschaftsvertreter dieses Thema ernst nehmen. Langzeitkonten, Telearbeit, Teilzeit oder Gleitzeit sind die Stichworte, mit denen die Vereinbarkeit erleichtert wird. Familiengerechte Strukturen erfordern Kreativität und schaffen Win-win-Situationen. Das ist es, was wir wollen. Wir wollen keine einseitigen Lösungen, sondern Arbeitsbedingungen, die den Spagat zwischen Familie und Beruf für Frauen und Männer erleichtern.

Das steigert nicht nur die Zufriedenheit der Mitarbeiter, sondern auch die Produktivität des Unternehmens. Berichtspflichten als erster Schritt des Stufenplans, die Selbstverpflichtung der Unternehmen und flexible Arbeitszeiten – das sind für mich im Moment die wichtigsten Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU, nach dem, was Sie heute hier ausgeführt haben, erstaunt es mich schon, dass es Ihnen in der letzten Legislaturperiode nicht gelungen ist, gemeinsam mit der SPD den Stufenplan auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der FDP – **Caren Marks [SPD]:** War das eine Giftspitze in Richtung Union?)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Die Kollegin **Renate Künast** von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist nun die nächste Rednerin.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - **Dorothee Bär** [CDU/CSU]: Die Wahlkämpferin!)

**Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen):**

Meine Damen! Meine Herren! Als wir im Dezember des letzten Jahres über den Antrag der Grünen diskutiert haben, eine Mindestquote für Frauen und Männer in den Aufsichtsräten von 40 Prozent einzuführen, war die Debatte durchaus kritischer als heute; das will ich durchaus konzedieren. Es könnte hier also einmal Morgenröte am Himmel entstehen.

(**Dorothee Bär** [CDU/CSU]: Rot sowieso nicht!)

Trotzdem muss ich sagen, dass die Aufführung zu der Quote mit einer nicht zuständigen Arbeitsministerin, einer zuständigen Ministerin und einer Kanzlerin für mich doch irgendwie ganz großes Kino war. Ich finde es aber schade, dass dieser Film in den Medien aufpoppen darf, während es keine einzige der Vertreterinnen für nötig gehalten hat, hier zu erscheinen und mit uns darüber zu diskutieren.

Ich verstehe die Zwischenrufe der Frauen zu einer früheren, anderen Regierungsbeteiligung. Ich will aber gar nicht nur Aufarbeitung betreiben.

(**Rita Pawelski** [CDU/CSU]: Doch! Das wäre schon gut!)

Ich zitiere einen Satz, der von mir kommen könnte, aber in dieser Variante nicht von mir kommt. Der Satz heißt: Es ist ein ziemlicher Skandal, dass in den 200 größten deutschen Unternehmen nur 3 bis 4 Prozent der Spitzenfunktionen mit Frauen besetzt sind. – Er stammt von Frau Merkel.

(**Ingrid Fischbach** [CDU/CSU]: Sie hat recht!)

Wer den Mund so spitzt, der muss aber auch pfeifen. Wer die Richtlinienkompetenz hat, der sollte auch einen Vorschlag machen, der hier diskutiert wird. Gutes Zureden hilft hier nicht. Nach 60 Jahren Verfassung des Grundgesetzes und 10 Jahren Selbstverpflichtung müssen wir uns doch fragen: Wo ist eigentlich das Primat der Politik?

Wir müssen heute feststellen, dass die Frauen in diesem Land das nicht mehr akzeptieren. Unternehmerinnen haben den Verband FidAR gegründet, eine Initiative für mehr Frauen in die Aufsichtsräte. Der Deutsche Juristinnenbund setzt sich seit ewig und drei Tagen dafür ein. Der Verband deutscher Unternehmerinnen ist mittlerweile ganz dicht dran. Alle sagen: Wir wollen nicht mehr warten; wir wollen jetzt Taten sehen.

Das spricht insbesondere uns Frauen im Bundestag an. Mit Verlaub, ein leichter Spott muss sein: Das Motto „Verpflichtung zur Selbstverpflichtung“, das die Ministerin ausgegeben hat, erinnert mich an eine Übersetzung des Wortes „Schizophrenie“ ins Deutsche: Spaltungsirresein. Sie will eine Verpflichtung zur Selbstverpflichtung – nach 60 Jahren Grundgesetz und 10 Jahren Selbstverpflichtung. Wir haben zudem nach der Wende einen Gleichstellungsauftrag im Grundgesetz verankert. Denn schon das, was Elisabeth Selbert und andere Frauen seinerzeit im Parlamentarischen Rat erkämpft haben, wurde für zu eng empfunden und in einen aktiven Gleichstellungsauftrag umgewandelt. Der Staat muss für die Gleichstellung Sorge tragen. Nach alledem reicht uns die Verpflichtung zur Selbstverpflichtung nicht.

Wenn jetzt jemand sagt, eine Quote sei diskriminierend – tatsächlich wäre sie keine Frauenquote, sondern eine Mindestquote beider Geschlechter –, dann sollten wir zunächst einmal die jetzige Situation betrachten.

Eine fast hundertprozentige Männerquote in den Vorständen und Aufsichtsräten ist die schärfste Diskriminierung. Dieser Zustand ist verfassungswidrig.

Der aktive Gleichstellungsauftrag, dass Frauen überall vertreten zu sein haben, wird nicht ernst genommen und nicht realisiert. In Wahrheit geht es uns nicht darum, Privilegien für Frauen zu schaffen, sondern darum, diesen verfassungswidrigen Zustand endlich abzuschaffen.



**Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Die Frauen machen die Hälfte der Menschen des Landes aus. Nicht wir Frauen müssen begründen, warum wir wohin wollen, sondern die Männer müssen begründen, warum immer nur sie die Stühle besetzen. Das ist die Wahrheit.

Wie erklären wir eigentlich den Abiturientinnen, deren Anteil 55 Prozent beträgt, diese Situation? Frau Schön hat vorhin gesagt, ihre Generation solle nicht auch noch warten müssen. Wie erklären wir den Hochschulabsolventinnen, deren Anteil 51 Prozent beträgt, dass sie warten sollen? Der Anteil der Absolventinnen der Wirtschaftswissenschaften beträgt bei besseren Abschlüssen als die männlichen Absolventen 55 Prozent.

Wie erklären wir dem deutschen Unternehmerinnenverband mit seiner Datenbank für topqualifizierte Frauen, in der 400 Frauen geführt werden, die sofort in die Aufsichtsräte eintreten könnten, dass wir nicht endlich Maßnahmen ergreifen?

Ich will nicht mit einem Zitat von Elisabeth Selbert schließen, die die SPD in den Parlamentarischen Rat entsandt hat, sondern mit einem Satz von Monika Grütters von der CDU, die gesagt hat, es wäre naiv, einfach so weiterzumachen. Lassen Sie mich von Herzen einen Wunsch an alle Männer, aber vor allem an alle Frauen des Deutschen Bundestags richten. Wer, wenn nicht wir Frauen, ist jetzt gefragt, zu sagen: „Das Recht nehmen wir uns auch raus“?

Bei Themen wie Patientenverfügung oder PID nehmen sich oft Frauen, aber auch viele Männer mit Hinweis auf die Gewissensfreiheit das Recht heraus, eine Initiative aus der Mitte des Hauses vorzuschlagen.

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Frau Kollegin, denken Sie an die Redezeit.

**Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen):**

Ich komme zum Schluss. – Nachdem wir den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz durchgesetzt und erkämpft haben, dass die Vergewaltigung in der Ehe genauso strafbar ist wie die Vergewaltigung außerhalb der Ehe, sage ich deutlich: Meine Fraktion ist bereit, den 40-Prozent-Antrag beiseitezuschieben und gemeinsam mit Ihnen die Initiative zu ergreifen. Darum werbe ich. Alle Frauen dieses Bundestages verfassen gemeinsam einen neuen Antrag. Lassen Sie uns mit dem Aufsichtsrat anfangen.

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Frau Kollegin, Sie haben Ihre Redezeit weit überschritten.

**Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen):**

Wir Frauen müssen das jetzt beginnen.

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Die Kollegin **Dorothee Bär** hat nun für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

**Dorothee Bär (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir müssen hier heute nicht debattieren, was wäre, wenn hier vor zehn Jahren seriöse Politiker regiert hätten und nicht Cohiba, Barolo und Brioni die Politik der Bundesrepublik Deutschland geprägt hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – **Sönke Rix** [SPD]: Sie können es ja besser machen!)

Man muss sich nur einmal alte Zeitungsartikel anschauen. Familienministerin Bergmann hat schon im September 2000 Eckpunkte für ein Gleichstellungsgesetz vorgelegt. Dann gab es, wie zu erwarten, Widerspruch von Hundt und Rogowski bei Bundeskanzler Schröder. Daraufhin hat Herr Uwe-Karsten Heye gesagt – Zitat in der Frankfurter Rundschau vom 13. Juni 2001 –: Es gibt auf beiden Seiten keine große Neigung, ein großes regulatives Gesetz zu machen.

(Zuruf von der SPD: Und was wollen Sie?)

**Dorothee Bär (CDU/CSU)**

Gleiches Zitat von Wirtschaftsminister Werner Müller: Wir brauchen eine Selbstverpflichtung. Auch bei den Grünen, Frau Margareta Wolf, Parlamentarische Staatssekretärin, heißt es: Wir setzen auf Eigeninitiative. Gesetzliche Verpflichtungen brauchen wir nicht. Im Juli 2001 war es dann so perfide, dass die arme Frau Bergmann von Bundeskanzler Schröder gezwungen wurde,

**(Christel Humme [SPD]: Keine Krokodilstränen bitte!)**

auf Druck das Scheitern auch noch positiv darzulegen. Sie musste bejubeln, dass es quasi zu keinem Ergebnis gekommen war, und hat in einem langen Interview mit der Welt am 5. Juli 2001 gesagt: Wir haben etwas ganz Großartiges geleistet. Das wird die Republik verändern.

**(Dagmar Ziegler [SPD]: Schnee von gestern!)**

Ich darf sie noch einmal aus 2001 zitieren, als sie gesagt hat: Gute Kräfte werden knapp. Das Thema Chancengleichheit ist in Deutschland zu lange vernachlässigt worden. – Das spannendste Zitat, das man nicht nur 2001 glauben konnte, sondern das auch für 2011 angemessen wäre: Nach wie vor ist vielen hiesigen Arbeitgebern, im Vergleich zu den USA, noch nicht klar geworden, über welches Potenzial wir hier mit den gut qualifizierten Frauen verfügen, die wir in der nächsten Zeit dringend brauchen werden.

Ich glaube, das zeigt ganz deutlich, dass damals schon erkannt wurde, was sich eigentlich bis zum Jahr 2011 überhaupt nicht geändert hat. Jetzt gibt es eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Unterschiedliche Auffassungen in der Bundesregierung zum Thema Frauenquote“.

**(Mechthild Rawert [SPD]: Wo wir recht haben, haben wir recht!)**

Ich muss einmal sagen: Das Thema „Frauenquote“ bzw. „Beteiligung von Frauen“ ist in keiner anderen Regierung so angekommen wie in dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Lachen bei der SPD, der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen – **Caren Marks [SPD]:** Da müssen Sie doch selber lachen, Frau Bär!)

Man kann es negativ sehen, so wie Sie, dass es unterschiedliche Auffassungen gibt. Man kann das aber auch positiv sehen. Ich sehe das positiv, weil es bedeutet, dass das Thema angekommen ist, dass sich in der Zielsetzung, dass wir mehr Frauen brauchen, alle einig sind, dass erkannt wurde, dass wir mehr Frauen in Führungspositionen brauchen und dass es jetzt um ein Ringen um die beste Lösung geht.

**(Caren Marks [SPD]: Frau Merkel ringt nicht!)**

Man kann machen, was vor zehn Jahren die rot-grüne Bundesregierung getan hat, sich nämlich mit erhobenem Zeigefinger hinstellen und den Unternehmen sagen: „Du, du, du! Wenn ihr jetzt nichts macht, dann passiert wieder nichts.“

**(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Warum gehen Sie eigentlich nicht auf mein Angebot ein?)

Man kann aber auch einmal überlegen, wie es weitergeht. Meine Kollegin Nadine Schön hat schon ausgeführt, dass es da etwas ganz Schlimmes gibt. Dieses schlimme Wort heißt Quote. Ich bin der festen Überzeugung, dass das Schlimmste an der Quote das Wort „Quote“ ist; denn wir haben das Problem, dass das ein verbranntes Wort ist. – Das Problem ist, dass Sie durch Ihr Geschrei überhaupt nicht kapieren, was ich hier sage; aber das spricht natürlich auch eine deutliche Sprache.

Es geht immer auch um das Qualitätsargument. Wenn Sie sich einmal den Bundestag mit seinen etwa 600 männlichen und weiblichen Abgeordneten anschauen, dann stellen sie fest, dass jeder zweite Abgeordnete und jede zweite Abgeordnete hier ein Quotenabgeordneter und eine Quotenabgeordnete ist.

**(Elke Ferner [SPD]: Ich bin keine Quotenabgeordnete!)**

**Dorothee Bär (CDU/CSU)**

Jeder Einzelne, der über die Liste gewählt wurde, ist ein Quotenabgeordneter, weil jeder auf der Landesliste gelandet ist, weil man eine Frau oder ein Mann ist, weil man aus einer bestimmten soziologischen Gruppe kommt, weil man aus Proporzgründen einen bestimmten Bereich seines jeweiligen Landes vertritt. Wenn es also immer nur bei Frauen heißt, es gehe um die Qualität, dann ist das mit uns nicht zu machen. Ich persönlich bin nicht bereit, das, was Rot-Grün vor zehn Jahren vermurkst hat, noch einmal zehn Jahre lang mitzumachen.

Wir wollen die Zustände jetzt ändern und keine leeren Drohungen mehr. Uns geht es nicht mehr um das Ob, es geht nur noch um das Wie. Deswegen bin ich unseren Ministerinnen sehr dankbar. Sowohl Frau von der Leyen als auch Frau Schröder haben sich klar dazu bekannt. Das ist wesentlich mehr, als Sie in zehn Jahren gemacht haben. Denjenigen, die behaupten, dass es dramatisch wäre, dass die Ministerinnen heute nicht anwesend sind

**(Renate Künast [Bündnis 90/Die Grünen]:** Die haben doch gar nichts gemacht!)

hören Sie mal zu, Frau Künast; nicht nur an Wahlkampf denken, sondern auch mal zuhören –,

**(Renate Künast [Bündnis 90/Die Grünen]:** Ich höre ja zu!)

kann ich nur sagen: Es macht eine gute Chefin aus, so gut zu sein, dass sie sogar an ihren männlichen Staatssekretär delegieren kann. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen –  
**Renate Künast [Bündnis 90/Die Grünen]:** Das war unterstes Niveau! Das ist doch das Mindeste, dass sie Weisungen durchsetzen!)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Das Wort hat nun der Kollege **Sigmar Gabriel** für die SPD-Fraktion.

**Sigmar Gabriel (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Zuallererst möchte ich den Vorschlag der Kollegin Künast für die SPD-Fraktion annehmen. Frau Künast, wir haben aber die Bitte, dass die Kerle auch unterschreiben dürfen, von mir aus hinten. Ernsthaft gesprochen finde ich, dass wir uns bei diesem Thema ein gutes Maß an Souveränität nehmen dürfen. Wir dürfen doch sagen – das ist der berechtigte Vorwurf von CDU/CSU und FDP –, dass wir in unserer Regierungszeit die Quote nicht hinbekommen haben. Dieser Vorwurf ist durchaus berechtigt. Wir haben der Wirtschaft zu lange geglaubt, übrigens nicht nur da. Ich war einmal Umweltminister. Fragen Sie doch den jetzigen, wie viele Selbstverpflichtungserklärungen die deutsche Wirtschaft im Umweltschutz abgegeben hat: im Dutzend billiger. Der Unterschied zwischen uns und Ihnen ist nur: Sie wollen denen immer noch glauben. Wir tun das nicht.

Ich kenne Ausnahmen, die der Wirtschaft nicht glauben wollen. Eine sehe ich vor mir. Lassen Sie es uns nicht so schwer machen. Wir können zunächst mit dem Stufenplan anfangen. Es geht doch um Folgendes: Sie alle, auch die Vorrednerin, wissen besser als jeder männliche Kollege, der hier redet, dass die Sichtweise von Männern und Frauen auf den gleichen Alltag oftmals ganz unterschiedlich ist.

Die Quote soll dazu dienen, dass die Sichtweise von Frauen in die Vorstands- und Führungsetagen von Unternehmen einkehrt.

Darum geht es. Warum? Wieso sollten, wenn das nicht der Fall ist, die Männer, die da sitzen, bessere Arbeitszeiten organisieren? Die Männer haben diese Belastung zwischen Kindern und Beruf oder – noch konkreter – zwischen Karriere und Kindern überhaupt nicht. Das müssen doch in der Zeit ihre Frauen machen. Oder sie haben keine Kinder. Es geht doch darum, dass die Arbeitszeitmodelle verbessert werden, dass wir Arbeit und Leben wieder besser miteinander verbinden können, und das partnerschaftlich.

In der Rushhour des Lebens, im Alter zwischen 20 und Ende 40, sollen wir alles machen: Karriere machen, Kinder bekommen und eine gute Partnerschaft führen. Das wird in Wahrheit nicht funktionieren, wenn nicht auch andere Modelle des Zusammenlebens und des Zusammenführens von Arbeiten und Leben möglich sind, zum Beispiel mit unterschiedlichen Arbeitszeitmodellen. Das muss

**Sigmar Gabriel (SPD)**

doch auch Ihr Interesse sein. Es geht darum, hier etwas voranzubringen, und nicht darum, hier einen Schaumstreit abzuhalten. Ihre Kanzlerin hat jetzt eine Ministerin in den Senkel gestellt und der anderen auch nicht richtig geholfen. Ich sage bei Flexiquoten und all solchem Quatsch nur eins: Es gibt einen alten Grundsatz: Mit Gänsen können Sie nicht über einen Weihnachtsbraten diskutieren.

Das geht nicht, auch nicht, wenn es männliche Gänse sind; da schon gar nicht. Das funktioniert nicht. Lassen Sie es also sein. Am Ende möchte ich ein Beispiel nennen, wo wir im Alltag etwas nicht tun, was aber den Frauen richtig helfen könnte: Ich bin sehr für die Quote, aber ich will mir nicht mehr diktieren lassen, dass das nur für Redaktionsleitungen im Spiegel wichtig ist oder für die Vorstände der 30 DAX-Konzerne. Ich will, dass wir auch für die Frauen etwas machen, die davon lange Zeit nichts haben werden: für die Kassiererinnen im Einzelhandel, für die Beschäftigten im Handwerk und für andere. Für diese Gruppe müssen wir endlich durchsetzen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Darum geht es doch in Deutschland.

Da fallen Sie den Frauen in den Rücken, Frau von der Leyen vorweg; denn das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ war Gegenstand der Hartz-IV-Verhandlungen. Dort haben Sie dagegen gestimmt. Die Mehrzahl der Leiharbeitnehmer sind Frauen. 70 Prozent der Frauen müssen für miserable Löhne arbeiten. Sie haben es in der Hand, für diese Frauen etwas zu tun: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Sie aber lassen alles laufen und kümmern sich nicht. – Nein, es geht nicht um Veralbern. Es geht schon darum, dass du nicht nur abstrakte Debatten für einen Teil der Gesellschaft führst, es geht schon darum, dass du zeigst, dass du die im Blick hast, die ganz schlecht verdienen.

Jedes Jahr werden wir von der Europäischen Kommission gemahnt, dass es in Deutschland, was die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen betrifft, am schlechtesten bestellt ist. Fast 25 Prozent weniger verdienen Frauen gegenüber Männern bei vergleichbaren Tätigkeiten. Im selben Betrieb, in derselben Altersstufe, im selben Beruf liegen die Frauenlöhne 12 Prozent unter denen ihrer Kollegen an der Werkbank oder im Einzelhandel nebenan. Das wird jedes Jahr angemahnt.

Olaf Scholz hat als Arbeitsminister in der Großen Koalition dazu einen Gesetzentwurf eingebracht. Wer hat den denn gestoppt? Den hat unter anderem Frau von der Leyen im Kabinett gestoppt. CDU und CSU waren nicht bereit, diesen Gesetzentwurf, der ein Schritt auf dem Weg zu gleichem Lohn für gleiche Arbeit war, ins Kabinett einzubringen, geschweige denn in den Deutschen Bundestag. Reden Sie also nicht ständig über etwas, was Sie im Alltag in Wahrheit nicht wollen, sondern setzen Sie sich als Parlamentarier und Parlamentarierinnen so durch, wie die Kollegin Künast es gesagt hat! Unsere Unterstützung haben Sie. Aber machen Sie das nicht nur für die DAX-Vorstände, sondern auch für die, die es verdammt schwer haben, für gute Arbeit endlich gutes Geld zu bekommen!

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nächster Redner ist der Kollege **Marco Buschmann** für die FDP-Fraktion.

**Marco Buschmann (FDP):**

Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nichts hat das Desinteresse von Herrn Gabriel am Thema so belegt wie diese Rede. Sie haben nicht zur Sache gesprochen,

**(Elke Ferner [SPD]: Was?)**

sondern Sie haben die Aktuelle Stunde missbräuchlich zum Forum für eine Wahlkampfreden gemacht, die zum Thema dieser Aktuellen Stunde nichts beigetragen hat. Nichts dokumentiert das Desinteresse mehr als dieser Beitrag.

Jetzt kommen wir zurück zur Aktuellen Stunde, in der es eigentlich um zwei Themenbereiche geht. Der eine betrifft, wenn ich es so nennen darf, den Vorwurf der Vielstimmigkeit in der Bundesregierung, der andere betrifft die Frage, warum man nicht mit starren Quoten arbeitet. Auf beides möchte ich jetzt eingehen, weil ich das für ein wichtiges Thema halte.

**(Renate Künast [Bündnis 90/Die Grünen]: Tut man doch jetzt schon! 100 Prozent!)**

Frau Künast, es ist ganz interessant – den Ball nehme ich auf –, dass Sie der Bundesregierung den Vorwurf der Vielstimmigkeit machen. Ich kann erst einmal nicht erkennen, was ein Problem daran sein

**Marco Buschmann (FDP)**

soll, mit unterschiedlichen Arbeitshypothesen in eine Diskussion zu gehen. Zu diskutieren, muss auch einer Bundesregierung möglich sein. Dass Sie, ausgerechnet die Grünen, der Bundesregierung Vielstimmigkeit vorwerfen, ist doch ein Treppenwitz. Ich darf Sie an eines erinnern: Ihre Parteivorsitzende Claudia Roth, die das Thema offensichtlich nicht ausreichend interessiert, um hier an der Debatte teilzunehmen, konnte es gar nicht abwarten, um sich auf Frau von der Leyen zu stürzen, als sie ihr Modell vorstellte. Sie hat dann den Vorwurf erhoben – ich darf die dpa vom 31. Januar zitieren –, das sei eine Mogelpackung, weil sich der Vorschlag nur auf die börsennotierten Unternehmen beziehe, also die großen Unternehmen.

**(Renate Künast [Bündnis 90/Die Grünen]: Plus mitbestimmungspflichtige!)**

Das sei das Schlechte an dem Vorschlag. Das Interessante ist, dass die grünen Fachleute, wenn sie hier Anträge stellen, genau das fordern. Zuletzt haben sie das in der Drucksache 17/3296 gefordert. Da heißt es wörtlich: Der Mindestquote unterfallen börsennotierte und der Mitbestimmung unterliegende Gesellschaften. Es sind also nur große Unternehmen.

**(Renate Künast [Bündnis 90/Die Grünen]: Beide! Sie können nicht rechnen! Das ist ein Unterschied von 3 DAX-Unternehmen oder 5 000 Unternehmen!)**

Es ist doch ein Treppenwitz, dass Sie Frau von der Leyen ausgerechnet in dem Punkt einen Vorwurf machen, bei dem Gemeinsamkeiten mit den Grünen bestehen. Das zeigt: Frau Roth ging es überhaupt nicht um die Sache – sie hat sich damit überhaupt nicht vertraut gemacht –, sondern ihr ging es nur um Verhetzung eines Mitglieds der Bundesregierung.

Sie hatte dabei so viel Schaum vorm Mund, dass sie gar nicht mehr erkennen konnte, was die eigenen Fachleute vortragen. Das ist eben auch eine Form von Misstrauen. Nun komme ich zur Frage der Quote und der Frage, warum wir uns in der Koalition und auch in der Regierung dagegen entschieden haben. Einmal ist aus gesellschaftsrechtlicher Sicht – ich stehe ja als Rechtspolitiker hier – darauf hinzuweisen, dass es Kollateralschäden auch in Norwegen gibt. Sie alle kennen die Beispiele:

Rechtsformwechsel, Delistings, also die Rückgabe der Börsennotierung. Sie alle wissen auch, dass die Quote eben nicht über Nacht dazu geführt hat, dass mehr Frauen in Verantwortung kommen. Vielmehr konzentriert schlichtweg die gleiche Anzahl an Frauen mehr Mandate auf sich. Das hat in Norwegen zu dem ganz unangenehmen Effekt geführt, dass mittlerweile eine neue Diskriminierung umgeht. Es geht der Begriff der „Goldröcke“ um. Man schaut eben nicht mehr auf die Leistungen der Frauen, sondern macht ihnen neue Vorwürfe. Das ist kein Vorteil für die Frauen.

Sie verweigern sich auch einer fundierten Analyse. Frau Künast knüpft immer an die Berufsabschlüsse an und zieht dann den Rückschluss auf die berufliche Karriere. Das Entscheidende ist doch, was dazwischen passiert. Wenn wir in die Erwerbsbiografien schauen, stellen wir fest, dass der entscheidende Dreh für den Sprung in diese Führungspositionen irgendwo zwischen 35 und 40 Jahren gesetzt wird. Da kommt der große Swing.

(Lachen bei der SPD – **Caren Marks [SPD]:** Der Mann hat wirklich Angst vor guten Frauen! Sie sind den Kinderschuhen nicht entwachsen!)

Es ist auch hochinteressant, zu sehen, dass viele top ausgebildete, kluge und auch erfolgreiche Frauen genau in diese Zeit die Kinderphase legen.

**(Caren Marks [SPD]:** Wann haben denn die Männer ihre Kinderphase? Sie sind immer noch in der Kinderphase! – Weitere Zurufe von der SPD)

Das heißt doch, dass das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und nicht die Quote das Entscheidende ist. Ich sage Ihnen an einem Beispiel, wie das Frauen, die beruflich sehr erfolgreich sind, sehen. Ich möchte Daniela Weber-Ray, eine fantastische Frau, zitieren. Sie ist Partnerin einer internationalen Sozietät, und sie schrieb im Handelsblatt vor zwei Tagen: Wir brauchen Unterstützung des Staates nicht hinsichtlich einer gesetzlichen Quote, sondern um den Wandel der KKK-Kultur weg von Kinder, Küche, Kirche hin zu Kinder, Krippe, Karriere zu vollziehen. Das ist es, worum wir uns kümmern müssen.

**Marco Buschmann (FDP)**

(Beifall bei der FDP – **Renate Künast** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wann haben Sie denn Ihre Kinderphase?)

Zuletzt möchte ich Sie noch an etwas erinnern. Sie tun immer so, als würde in Deutschland nichts passieren. Es ist eine ganze Menge passiert, seit diese Regierung im Amt ist. Insofern möchte ich der Kollegin Dorothee Bär beipflichten. Seit 2010 – nach der Regierungsübernahme –

(**Caren Marks** [SPD]: Wurden wir Frauen permanent verschaukelt!)

haben wir einen geänderten Corporate-Governance-Kodex, der jetzt auf mehr Diversity inklusive stärkerer Beteiligungen der Frauen setzt. Und siehe da: Wir haben eine zuständige und anwesende Ministerin, die die Wirtschaft in die Pflicht nimmt. Seitdem sehen wir doch, dass etwas passiert. Wir sehen es bei Eon und bei der Telekom. Daimler bringt Kandidatinnen ins Spiel, Karstadt bringt Kandidatinnen ins Spiel.

(Zurufe von der SPD: Massenhaft!)

Die extrem prominenten Personalmaklerinnen Christine Stimpel und Yvonne Beiertz sagen doch, sie kommen bei der Vermittlung weiblicher Führungskräfte der Nachfrage gar nicht mehr hinterher. Das mag noch zu langsam sein. Vielleicht können wir es uns schneller vorstellen. Aber man kann Strukturen, die sich über Jahrzehnte und Jahrhunderte falsch eingependelt haben, nicht mit Gewalt über Nacht ändern. Wir gehen einen Weg, der zielgerichtet ist, und wir werden Erfolg haben. Im Ergebnis muss man Ihnen, Herr Gabriel und Frau Künast, sagen: Der Anlass dieser Aktuellen Stunde war nicht die Sache. Sie wollten hier Wahlkampf machen und mehr nicht. Das hat das Thema nicht verdient. Dafür ist es zu wichtig.

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun **Monika Lazar** das Wort.

**Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Herr Buschmann, Sie waren leider wieder der Tiefpunkt der Debatte.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – **Caren Marks** [SPD]: Der Tiefflieger!)

Ich weiß ja nicht, wo die Männer die gebärfähige Phase setzen. Aber wenn Sie eins und eins zusammenzählen können, kommt vielleicht auch bei Ihnen an, dass die 30- bis 40-jährigen Frauen dort hineinfallen. Vielleicht sind Sie irgendwann lernfähig. Wir diskutieren hier ein Thema, und ich habe das Gefühl, wir kommen nur sehr mühsam voran. Es ist wirklich absurd, dass eine allgemein als wichtig anerkannte Maßnahme nicht umgesetzt wird. Sogar die FDP diskutiert wieder über eine parteiinterne Quote. Holen Sie sich eventuell bei der Kollegin Bär von der CSU Anregungen. Die haben das vor kurzem geschafft.

Das Schauspiel, das die Koalition und die Bundesregierung zu diesem Thema aktuell liefern, befindet sich leider auf Boulevardniveau. Deutschlands Männer und Frauen schauen fassungslos auf das peinliche Stück. Dabei wäre es längst Zeit für Nägel mit Köpfen.

(**Rita Pawelski** [CDU/CSU]: Noch nie wurde so viel über die Quote geschrieben!)

Stattdessen haben wir das Machtwort der Kanzlerin, die der Frauenquote wieder einmal eine Absage erteilt. Sie trifft sich lieber gemeinsam mit Ministerin Schröder mit Vertretern der Wirtschaft und den Gewerkschaften. Immerhin glauben Letztere nicht mehr, dass der Frauenanteil in Deutschlands Wirtschaft von alleine steigt. Arbeitgeberpräsident Hundt erklärt aber, dass mehr als 95 Prozent aller Unternehmen bereits Modelle zur Arbeitszeitflexibilisierung anbieten. Ich frage mich: Warum braucht es die x-te Charta dazu? Bezeichnend ist, dass die Charta wieder einmal von vier Männern unterzeichnet wurde.

**Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Erfrischend war auch, in den letzten Tagen zu hören, was Herr Ackermann dazu gesagt hat: Frauen in Führungspositionen machen das Leben „farbiger“ und „schöner“. Da ätzten selbst das Handelsblatt und Ministerin Aigner, das sei doch ein typischer Ackermann, nach dem Motto „Unser Vorstand soll schöner werden.“ Kanzlerin Merkel hat zumindest erkannt: Es ist ein „ziemlicher Skandal“, dass wir kaum Frauen in Führungspositionen haben. Aber skandalöse Zustände ändert man doch nicht mit einer Charta oder einer Vereinbarung. Wir haben in den letzten zehn Jahren gemerkt, dass die Wirtschaft nichts von alleine macht. Die freiwillige Vereinbarung von 2001 wurde von Frau Bär schon breit zitiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, wir sind alle etwas weitergekommen, und es hat sich herausgestellt, dass einfach nichts passiert. Von daher: Bitte keine weiteren freiwilligen Vereinbarungen und Chartas.

Ministerin Schröder spricht immer von der staatlichen Einheitsquote. Schauen Sie bitte über den Tellerrand – die Beispiele sind heute schon genannt worden – nach Frankreich, Spanien oder Norwegen. Überall hat man gemerkt: Ohne Quote geht es nicht. Wenn Ihnen das Wort Quote nicht gefällt, dann nehmen Sie bitte ein anderes Wort. Es ist uns völlig egal. Sie können „Frauenqualität“ sagen oder was auch immer. Es kommt nicht auf das Wort an, sondern es kommt darauf an, dass sich in unserem Land etwas bewegt.

In Deutschland gibt es beispielsweise Unterschiede zwischen Ost und West. Die wenigen Frauen in den Führungspositionen finden sich häufiger im Osten unseres Landes. Das zeigt eine aktuelle Studie des IAB. Eine Ursache ist zum Beispiel die kürzere Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. Das liegt unter anderem an der besseren Kinderbetreuung im Osten. Eine weitere Komponente kommt hinzu: Im Osten war die Vollzeiterwerbstätigkeit von Frauen völlig normal und auch die Übernahme von Führungspositionen viel anerkannter, als es teilweise noch heute im Westen der Fall ist. Ich finde, das ist ein Beispiel, bei dem der Westen einmal etwas vom Osten lernen kann.

Ein weiteres Argument ist der gerade vorgestellte Gleichstellungsbericht des Familienministeriums. Auch dort heißt es: Die Quote ist erforderlich. – Ich frage mich wirklich: Welche Argumente brauchen Sie noch? Auch Frau Kollegin Grütters wurde heute schon zitiert. Sie sagt, es wäre naiv, weiter auf eine Selbstverpflichtung zu setzen. Es ist schön, dass die Justizministerin anwesend ist. Sie hat gestern eine Pressemitteilung herausgegeben. Ich zitiere kurz daraus:

Dringender Handlungsbedarf besteht bei ... Frauen in Führungspositionen. Mehr Frauen in Spitzenpositionen sind nicht nur im Interesse der Gesellschaft, sondern gerade auch im Interesse der Wirtschaft. Das sehe ich genauso. Es ist ökonomisch völlig unsinnig, gut qualifizierte Frauen am Aufstieg zu hindern.

**(Renate Künast [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie macht doch gar nichts!)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, macht endlich etwas und gebt nicht nur gute Pressemitteilungen heraus!

Über unseren Gesetzentwurf hat Renate Künast schon etwas gesagt. Im Mai wird es eine Anhörung im Rechtsausschuss geben. Herr Buschmann, ich hoffe, dass auch Sie dann endlich schlauer werden.

Begrüßenswert ist weiterhin, dass Nordrhein-Westfalen jetzt eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht hat. Zum Schluss meine Bitte: Lassen Sie uns endlich gemeinsam in unserem Lande handeln, damit wir von der Position eines gleichstellungspolitischen Entwicklungslandes herunterkommen. Vielen Dank.

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin **Elisabeth Winkelmeier-Becker** für die CDU/CSU-Fraktion.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kollegen und Kolleginnen!

Wir diskutieren hier über die Äußerungen der Ministerinnen und der Kanzlerin. Ich stelle zunächst einmal fest: Diese Äußerungen haben dem Thema endlich die Bedeutung und die Aufmerksamkeit verschafft, die es braucht.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU):**

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD – **Renate Künast** [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein PR-Gag!)

Machen wir uns nichts vor: Wir diskutieren seit Monaten über einen konkreten Gesetzesvorschlag der Grünen. Auch die Frauen in der Unionsfraktion haben Beschlüsse zum Thema gefasst und der Presse vorgestellt. Es gab auch den einen oder anderen Artikel im Handelsblatt und im Spiegel. Aber erst dieser Hintergrund, die Diskussion im Kabinett, gibt dem Thema jetzt die Aufmerksamkeit, die es verdient.

**(Monika Lazar** [Bündnis 90/Die Grünen]: Überzeugen Sie bitte auch Ihre Männer in der Fraktion!)

Wir haben ganzseitige Anzeigen im Handelsblatt, in denen dazu aufgerufen wird: Macht es endlich freiwillig! Sonst kommt die Quote. – Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank – gerade schon genannt – meldet sich zu Wort.

**(Monika Lazar** [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber peinlich!)

So manche Wortmeldung zeigt, dass diese Diskussion sehr nötig ist. Sie betonen vor allem die Unterschiede, die Uneinheitlichkeit in den Äußerungen der Ministerinnen und der Kanzlerin. Ich möchte zunächst einmal auf die Gemeinsamkeiten eingehen. Sie stimmen überein in dem Befund, dass der Status quo völlig unakzeptabel ist, dass es gesetzlichen Handlungsbedarf gibt und dass die Situation den Unternehmen schadet. Sie ist ungerecht für die Frauen, die den gleichen Zugang einfach nicht erhalten, obwohl sie die gleiche Qualifikation mitbringen. Übereinstimmung besteht auch darüber, dass wir über einen Mindestanteil in der Größenordnung von plus/minus 30 Prozent reden.

Ich möchte die Gelegenheit dieser Diskussion nutzen, um noch einmal zu betonen: Die Quote oder eine größere Frauenbeteiligung nützt vor allem den Unternehmen, nicht deshalb, weil Frauen durchweg besser sind – es gibt auch gute Männer in diesen Gremien –, sondern deshalb, weil die Mischung unterschiedlicher Erfahrungen und Denkweisen zu besseren Ergebnissen führt.

Wenn zehn Leute in einem Gremium den gleichen Hintergrund haben, dann ist das schlichtweg zu schmalspurig. Jeder, der mit einer anderen Erfahrung dazukommt, ist eine Bereicherung. Das ist der Ansatz der Diversity. Dafür kämen auch andere Kriterien infrage, aber „Geschlecht“ ist sicherlich das Kriterium, das sich als Erstes aufdrängt und das naheliegt. Das ist für diejenigen, die sich mit dem Thema beschäftigen, mittlerweile wirklich selbstverständlich. Wer das noch nicht mitbekommen hat, der kann sich gern einmal die Studien von McKinsey und von Catalyst ansehen. Nun müssen wir den Blick sicherlich auch auf die Unterschiede richten. Die Familienministerin hat einen Stufenplan vorgelegt, der positive Elemente enthält.

**(Caren Marks** [SPD]: Was?)

Er umfasst auch die Vorstände.

**(Elke Ferner** [SPD]: Freiwillig, Frau Kollegin! Freiwillig!)

Zum ersten Mal wird auch das operative Geschäft in den Blick genommen. Er hat ein flexibles Element; darüber lässt sich sicherlich diskutieren. Er verlangt transparente Angaben und Vergleichsmöglichkeiten. Ich bin davon überzeugt, dass schon allein das Wirkung zeigen wird. Ich kann mir hier eine Bemerkung nicht verkneifen: Wenn damals die Vereinbarung zwischen dem Boss der Bosse und der Wirtschaft

**(Renate Künast** [Bündnis 90/Die Grünen]: Da hätten Sie gar nicht zugestimmt!)

so konkret gewesen wäre wie die jetzige Vereinbarung, dann wären wir heute an einem anderen Punkt.

**(Caren Marks** [SPD]: Was hindert Sie daran, jetzt etwas zu tun?)

Ich kann mir auch nicht verkneifen, zu sagen, dass unsere Partei diejenige ist, die die höchste Führungsposition, die dieses Land zu vergeben hat, mit einer Frau besetzt hat; wir stellen die Kanzlerin.



**Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU)**

Auch das ist sicherlich etwas, was für die Frauen in Deutschland Symbolwirkung hat. Aber ich will auch nicht darum herumreden: Es gibt wesentliche Unterschiede zwischen den Konzepten, was die Verbindlichkeit angeht. Ich rede hier nicht zum ersten Mal zum Thema Quote. Ich sage ganz klar: Es ist aus meiner Sicht nicht ausreichend, wenn als schlimmste Sanktion, als Worst Case, die Pflicht zur Selbstverpflichtung kommt, ohne Zeitplan, ohne feste Zielvorgaben, ohne konkrete Sanktionen. Das kommt mir ein bisschen so vor, als würde man den Aufsichtsräten sagen: Ihr müsst jetzt hundertmal „Frauen in den Führungspositionen in meinem Unternehmen sind wichtig und gut“ schreiben, und dann gehen wir wieder zur Tagesordnung über.

**(Caren Marks [SPD]:** Ackermann muss es 500-mal schreiben!)

Man muss auch sehen: Die nächsten Wahlen zu den Aufsichtsräten sind im Jahr 2013 und dann erst wieder 2018. Nun muss es eine Zeitschiene geben; das ist ganz klar. Aus meiner Sicht muss spätestens für 2018 wirklich verbindlich gesetzlich geregelt sein, was passiert.

**(Elke Ferner [SPD]:** Mein Gott, was für eine Perspektive, Frau Kollegin!)

Dafür brauchen wir diese gesetzliche Regelung schon jetzt. Das macht dann bereits für 2013 einen Unterschied. Wenn man weiß: „2018 gibt es keinen Weg mehr daran vorbei“, dann wird man schon 2013 mit einer anderen Einstellung darangehen.

**(Elke Ferner [SPD]:** Oh, wie ärmlich!)

Wenn wir aber sagen: „Macht mal bis 2013, dann schauen wir, ob wir etwas anderes brauchen“, dann ist die Dynamik aus der Sache heraus, und wir werden nicht entsprechend weiterkommen. Ohne verbindliche Regelungen am Horizont werden sich die Closed Shops nicht öffnen. Sie schließen qualifizierte Frauen aus; sie schließen aber auch gute Männer aus, die nicht ins Schema passen.

Wie fest da die Strukturen gefügt sind, das hat uns das manager magazin gerade noch einmal beschrieben. Wenn man das liest, dann stellt man fest, dass das nichts mit Bestenauslese zu tun hat, sondern dass es dabei um Dinge wie Männerfreundschaften, Bergtouren, Jagderlebnisse und dergleichen geht. Von VW wissen wir ja, was noch so infrage kommt, um die Gruppendynamik zu stärken. Ich habe nichts gegen Männerfreundschaften und Freizeit ohne Frauen, aber das kann nicht das Kriterium sein, wenn es um Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft geht.

Deshalb lautet mein Petition: Wir brauchen einen Stufenplan. Wir müssen darüber im Gespräch bleiben, bei allen, die es brauchen. Vielen Dank.

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nun hat das Wort die Kollegin **Dagmar Ziegler** für die SPD-Fraktion.

**Dagmar Ziegler (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wie so oft in dieser Wahlperiode haben wir miterleben müssen, wie sich diese Koalition in Widersprüchen und gegensätzlichen Haltungen überbietet. Ob bei den Haushaltsdiskussionen, in der Steuerpolitik, bei Hartz IV oder in der Außenpolitik, immer gab es etwas anderes, aber leider nie etwas Besseres aus dem Regierungslager. Nun hat Frau Ministerin von der Leyen die Quote für Frauen in Führungspositionen für sich entdeckt, und das zu einem Zeitpunkt, liebe Kolleginnen und Kollegen, wo sie eigentlich ganz andere Sorgen umtreiben müssten.

Erinnern wir uns noch einmal kurz: Nach Monaten des Nichthandelns bzw. Nichtverhandelns nach dem Urteil des Bundesverfassungsgericht zum SGB II rettete sich Frau von der Leyen mit einer ziemlich sinnfreien Chipkartendiskussion öffentlichkeitswirksam über das Sommerloch, um uns danach vorzuwerfen, wir würden mit ihr nicht über die Umsetzung des Verfassungsurteils reden wollen.

Nun entdeckt sie ihre ganz persönliche Betroffenheit und Sorge um die vielen Frauen in unserem Lande, die gut ausgebildet sind, aber nicht in führenden Positionen der Wirtschaft zu finden sind, und das wieder sehr öffentlichkeitswirksam. Da stört sie auch nicht ihre gegensätzliche Haltung zur

**Dagmar Ziegler (SPD)**

Familienministerin, auch nicht ihre gegensätzliche Haltung zur Bundeskanzlerin. Nein, sie kocht ihr ganz persönliches Süppchen, um sich zu profilieren und wieder einmal von der Verhandlungsschwäche der Koalition im Vermittlungsausschuss abzulenken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – **Rita Pawelski** [CDU/CSU]: Dass Sie sich dazu hergeben, ist wirklich schlimm! – **Dorothee Bär** [CDU/CSU]: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Die Bundeskanzlerin hat sie ja nun wieder ins Glied zurückgeschickt. Was kommt nun für die Frauen in unserem Land dabei heraus? Nichts, wieder einmal gar nichts.

(**Rita Pawelski** [CDU/CSU]: Peinlich, peinlich!)

Vorhin haben Sie mit vielen schrägen Argumenten einen Antrag zur Einführung des gesetzlichen Mindestlohns abgelehnt, wohl wissend, dass 70 Prozent der Beschäftigten in der Niedriglohnbranche Frauen sind. Es wurde auch schon dreimal festgestellt, dass weder eine Arbeitsministerin noch eine Familienministerin noch eine Bundeskanzlerin dafür Interesse zeigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Frauen haben es einfach nicht verdient. Es ist wirklich eine Frechheit, dass ihre Interessen für Machtspielchen von drei Doktorinnen, die es in Führungspositionen geschafft haben – Frau Schröder im Übrigen auch durch die Hessen-Quote –, missbraucht werden. Sie, liebe Koalitionäre, haben jetzt wirklich die verdammte Pflicht – ich bin für viele Ihrer Redebeiträge sehr dankbar –, diesem Eindruck entgegenzutreten. Unterstützen Sie die Einführung einer gesetzlichen Quote nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im öffentlichen Dienst, auch in den Hochschulen und in der Wissenschaft! Unterstützen Sie gesetzliche Regelungen zur Entgeltgleichheit! Machen Sie auch wirklich deutlich, dass es Ihnen tatsächlich ernst ist mit Gleichstellung in unserem Lande! Diesen Beweis sind Sie uns noch schuldig. Vielen Dank.

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin **Ewa Klamt** für die CDU/CSU-Fraktion.

**Ewa Klamt (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Man kann die Zahlen nicht oft genug nennen: Frauen stellen 55,7 Prozent der Abiturienten in Deutschland, 51 Prozent der Hochschulabsolventen, rund 44 Prozent promovieren im Anschluss. Diese Zahlen zeigen das Potenzial junger, gut ausgebildeter Frauen in unserem Land auf. Wie es in den Aufsichtsräten aussieht, wissen wir: gerade einmal 10 Prozent Frauen. Nur 3,2 Prozent Frauen bekleiden Vorstandsposten. In den 30 DAX-Unternehmen sind von 182 Vorstandsposten gerade einmal 4 mit Frauen besetzt; das sind 2,2 Prozent. Wir müssen also feststellen: Irgendwo nach Abitur,

Studium und Sprung in die Arbeitswelt verlieren wir viel Frauenpotenzial. Wir verlieren damit Arbeitskraft, Kreativität, Innovationsfähigkeit und Wissen. Wir verschenken viel unseres Potenzials, obwohl doch feststeht, dass wir im weltweiten Wettbewerb um die klügsten Köpfe stehen.

Über das Problem besteht meines Erachtens Einigkeit; die Lösung ist jedoch strittig. Ich sage, dass man in dieser Frage durchaus unterschiedlicher Meinung sein kann. Dass wir innerhalb unserer Fraktion debattieren, ist für mich kein Problem. Das ist vielmehr eine gute inhaltliche Auseinandersetzung, und die hat noch nie geschadet.

(Beifall bei der CDU/CSU – **Monika Lazar** [Bündnis 90/Die Grünen]: Man muss aber auch zu Ergebnissen kommen!)

Das ist mir auf jeden Fall lieber als ein Bundeskanzler Schröder, der vor gut einem Jahrzehnt bei Wein und Zigarren der Wirtschaft versprochen hat, keine Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in Spitzenpositionen zu ergreifen.

(**Elke Ferner** [SPD]: Das will ja Frau Merkel fortsetzen!)

Dass die Frage „Frauenquote in Unternehmen“ äußerst unterschiedlich gesehen wird, zeigt auch die Diskussion innerhalb der verschiedenen Generationen von Frauen. Ich kann den Frust und den Ärger einer jeden jungen Frau verstehen, wenn sie – berechtigterweise – nach langer Ausbildung nach ihren

**Ewa Klamt (CDU/CSU)**

Fähigkeiten und nicht nach ihrem Geschlecht beurteilt werden möchte. Diese gut ausgebildeten Frauen sind jung, ungebunden, flexibel und meist noch ohne Kinder. Sie befinden sich am Beginn ihrer Karrieren, an einem Punkt, an dem in der Regel noch keine gläserne Decke zu spüren ist. Eine Frauenquote kommt aus ihrer Sicht einer Beleidigung gleich, unterstützt durch das unschöne wie auch unsinnige Wort der Quotenfrau, das reflexartig die Debatte begleitet.

(**Monika Lazar** [Bündnis 90/Die Grünen]: Nehmen Sie doch ein anderes Wort!)

Dem halte ich entgegen: Quote und Qualifikation schließen sich nicht gegenseitig aus. Im Gegenteil: Die Quote kann ein Instrument sein, der Qualifikation zur vollen Entwicklung zu verhelfen; denn leider – das sage ich mit absoluter Ernüchterung – sind wir mit der freiwilligen Verpflichtung in den letzten zehn Jahren keinen Schritt weitergekommen.

An den nackten Zahlen hat sich seither wenig geändert. Liegt es also daran, dass, wie uns die Wirtschaft immer wieder gern erklärt, die Top-Positionen nur von den Besten eingenommen wurden? Ist es die männliche Exzellenz, die gesiegt hat?

(**Monika Lazar** [Bündnis 90/Die Grünen]: Eher nicht!)

Da sage ich etwas populistisch: Eine Weltwirtschaftskrise hätte es dann wohl ebenso wenig wie eine Bankenkrise geben dürfen. Meine Damen und Herren, ich bin ernüchtert. Auch ich habe einmal zu jenen Frauen gehört, die glaubten, dass wir Frauen die Zukunft gleichberechtigt mit den Männern gestalten.

(**Dagmar Ziegler** [SPD]: Ich auch!)

Als ich 18 war, sprach kein Mensch über eine Quote. Im Gegenteil, mein Vater sagte mir mit großer Begeisterung: Du gehörst der Generation Frauen an, denen aufgrund von Bildung und guter Ausbildung alle Türen offenstehen. – Wenn mir damals jemand vorausgesagt hätte, dass ich fast 40

Jahre später im Deutschen Bundestag konstatieren muss, dass in Deutschland die Teilhabe von Frauen in den höchsten Positionen der Wirtschaft auf einer Stufe mit Indien steht und damit weltweit den letzten Platz einnimmt, hätte ich schallend gelacht.

Heute sage ich: Wenn wir einer der leistungsstärksten Wirtschaftsräume der Welt bleiben wollen, können wir es uns als Gesellschaft nicht leisten, auf das vorhandene Potenzial von Frauen zu verzichten. Kluge Unternehmer haben das selbst erkannt: Hochqualifizierte, kreative und motivierte Frauen sind nachweislich gut für den wirtschaftlichen Erfolg. Deshalb erwarte ich, dass die Unternehmen bei der Neubesetzung der Aufsichtsräte im Jahr 2013 beweisen, dass sie Frauen in Führungspositionen wollen. Wenn nicht, müssen andere Mittel greifen.

(**Elke Ferner** [SPD]: Sie haben so gut angefangen, Frau Kollegin!)

Die zuständige EU-Kommissarin Viviane Reding gibt der Wirtschaft nur noch eine begrenzte Schonfrist. Wenn die Konzerne nicht selbst aktiv werden, will Brüssel rechtliche Vorgaben für eine Frauenquote in Aufsichtsräten machen. Das kann ich dann nur unterstützen.

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Letzte Rednerin in dieser Debatte ist die Kollegin **Christel Humme** für die SPD-Fraktion.

**Christel Humme (SPD):**

Frau Klamt, Sie haben gut angefangen. Ich hatte gehofft, dass die richtigen Konsequenzen gezogen werden; aber Sie haben an dieser Stelle wieder einmal Ihre Chance verpasst.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – **Dorothee Bär** [CDU/CSU]: Ihr habt nicht einmal angefangen!)

Ich bin die letzte Rednerin und habe die Chance, alles auf den Punkt zu bringen, was vorhin gesagt worden ist und was in den letzten drei Wochen passiert ist. Ich muss schon feststellen, dass die

**Christel Humme (SPD)**

Bundesregierung so etwas wie Realsatire gezeigt hat. Denn was haben wir erlebt? Was ist passiert? Die Frauen in der Bundesregierung streiten über die gesetzliche Frauenquote; die Männer in der Wirtschaft reiben sich die Hände und behalten dank Frau Merkel erst einmal ihre Macht. Klassisch, oder?

Wir alle haben noch die Ratschläge der Kanzlerin und der Frauenministerin im Ohr. Sie haben den Frauen geraten: „Seid mutiger und tougher gegenüber euren Chefs, dann klappt es mit der Karriere und mit der Bezahlung.“ Dazu muss ich sagen: Die Frauen in der Bundesregierung waren wirklich ein sehr schlechtes Vorbild. Nach welchem Vorbild sollen sich die Frauen richten? Die Frauen in der Bundesregierung haben nämlich gezeigt, dass sie ohnmächtig sind; sie haben ihre Ohnmacht dokumentiert und erneut deutlich gemacht, wer in der Bundesrepublik eigentlich das Sagen hat. Auch hier zeigt sich wieder das Markenzeichen von Schwarz-Gelb, nämlich Klientel- und Lobbypolitik statt Politik für die Frauen.

(Beifall bei der SPD – **Rita Pawelski** [CDU/CSU]: Christel, du warst doch selber dabei, als Schröder euch gezeckt hat!)

– Ja, keine Angst, Rita, ich komme gleich noch darauf. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Kanzlerin hat ein Machtwort gegen die Frauen gesprochen – das haben wir gehört –: Sie lehnt die gesetzliche Quote ab und setzt auf Freiwilligkeit. Dabei ist der Handlungsdruck – das wissen wir alle ganz genau – sehr groß. Frau Bracht-Bendt, Sie unterhalten sich gerade so nett. Ich finde es interessant, dass Sie, Frau Bracht-Bendt von der FDP, gesagt haben, eine Frauenquote disqualifiziere die Frauen. Dann frage ich Sie allen Ernstes: Warum hat der Bundesvorstand der FDP kürzlich – er kommt auf die Spur – eine 30-Prozent-Frauenquote für die Parteigremien beschlossen? Warum hat der Frauenverband der FDP gesagt: „Das reicht uns nicht, wir brauchen eine 40-Prozent-Quote“? Inwiefern ist das eine Disqualifizierung der Frauen? – Wir werden Ihren Bundesparteitag sehr gut beobachten.

Der Handlungsdruck ist natürlich immens. Wir stehen im europäischen Vergleich nicht besonders gut da. Wir sind keineswegs ein Exportland, wenn es um Gleichstellung geht. Im Gegenteil: Wir sind hier

ein Entwicklungsland; bei uns ist die auch heute viel zitierte gläserne Decke immer noch aus Panzerglas.

Wir wissen auch, warum das so ist. Ja, wir haben 2001 eine freiwillige Vereinbarung mit der Wirtschaft geschlossen. Wir waren dabei: Frau Ferner, ich und andere. Wir wissen noch ganz genau, dass wir gesagt haben: Wenn die freiwillige Vereinbarung kein Ergebnis zeitigt, dann kommt ein Gesetz zur Verpflichtung der Privatwirtschaft. Das war die Ausgangssituation.

Wir hatten aber Pech: Es kam zu einer Großen Koalition, und wir mussten Koalitionsverhandlungen mit Frau von der Leyen führen.

(**Caren Marks** [SPD]: Die war dagegen!)

Das Thema einer gesetzlichen Frauenquote war in den Koalitionsverhandlungen überhaupt nicht zu setzen; das muss man an dieser Stelle feststellen. Insofern verstehe ich Sie, Frau Bär und Frau

Schön, überhaupt nicht. Kritisieren Sie doch nicht dauernd die Freiwilligkeit! Was wollten wir damals erreichen? Wir wollten mehr Chancengleichheit für Frauen im Berufsleben. Wir wollten mehr familienfreundliche Betriebe. Wir wissen, die Bilanz ist ernüchternd. Aber was haben Sie daraus gelernt, Frau Bär?

(**Dorothee Bär** [CDU/CSU]: Was war denn 2002 bis 2005?)

Sie können nur schreien! Hören Sie bitte zu!

(**Dorothee Bär** [CDU/CSU]: Ich habe Ihnen zugehört!)

Was haben Sie vor zwei Tagen gemacht? Sie haben die Wirtschaft eine Charta für familienfreundliche Arbeitszeiten unterschreiben lassen.

**Christel Humme (SPD)**

**(Dorothee Bär [CDU/CSU]:** Das hat doch überhaupt nichts mit dem Thema zu tun!)

Was haben Sie genau getan? Sie haben einen Teil aus der freiwilligen Vereinbarung von 2001 herausgepickt und „Charta für familienfreundliche Arbeitszeiten“ genannt.

**(Dorothee Bär [CDU/CSU]:** Ein zusätzlicher Baustein! Was war denn mit Renate Schmidt und Frau Bergmann?)

Sie haben den Leuten suggeriert, dass Sie etwas Neues machen,

**(Caren Marks [SPD]:** Alter Wein in neuen Schläuchen!)

aber in Wirklichkeit führen Sie sie an der Nase herum, weil Sie nämlich gar nichts tun für familienfreundlichere Arbeitszeiten. Das ist das Schizophrene an der Situation.

Alle zehn Jahre neue Unterschriften sind kein Fortschritt für uns. Wir brauchen gesetzliche Regelungen. Das wäre unserer Meinung nach ein Fortschritt.

**(Dorothee Bär [CDU/CSU]:** Was war denn 2002 bis 2005?)

Frau Bär, lassen Sie das doch einmal sein. Das Herumschreien bringt doch nichts.

**(Dorothee Bär [CDU/CSU]:** Sagen Sie das einmal Ihrer Fraktion!)

Wir wollen – das ist ganz klar – eine Quote von 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände gesetzlich regeln. Dabei geht es uns nicht nur um die Topmanagerin – das wurde vorhin zwar schon gesagt, aber das möchte ich trotzdem noch einmal deutlich machen –,

**(Ingrid Fischbach [CDU/CSU]:** Um was geht es denn?)

sondern es geht uns um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt insgesamt. Das ist das Entscheidende. Leider müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass zwar die Frauenerwerbsquote gestiegen, aber das Arbeitsvolumen gesunken ist.

**(Dorothee Bär [CDU/CSU]:** Wer wird jetzt Kanzlerkandidatin der SPD? – Gegenruf der Abg. **Elke Ferner [SPD]:** Die Kanzlerin tut doch nichts!)

Es hat eine Umverteilung der Arbeit unter Frauen stattgefunden. Die Frauen haben einen sehr hohen Preis dafür bezahlt.

**(Dorothee Bär [CDU/CSU]:** Frau Nahles hat Angst, von ihrer eigenen Fraktion weggelobt zu werden! Das ist die Realität! Warum hat sie denn Angst vor ihrer eigenen Fraktion? Das ist ja ganz schlimm, was da vor sich geht! Frauenmobbing! Pfui!)

Ein Großteil der Frauen ist trotz eigener Erwerbstätigkeit von einer eigenständigen Erwerbssicherung weit entfernt. Ich habe erwartet, dass die Frauenministerin und die Arbeitsministerin Schritte in Richtung eines gesetzlichen Mindestlohns einleiten; denn der hätte den Frauen, die häufig im Niedriglohnsektor beschäftigt sind, geholfen. Aber auch hier stelle ich fest: Nichts tun und Klientelpolitik, das sind Ihre Markenzeichen. Schönen Dank.

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.